

GE/SE

Washington, 23. März 1990

**Exploratorische Gespräche in Washington im Hinblick auf einen
allfälligen Beitritt der Schweiz zu den Bretton Woods-
Institutionen**

Diese Notiz fasst unsere Berichte vom 16. März über die Haltung des Treasury und vom 3. März über jene des Fed zusammen sowie die Gespräche mit dem "Secretary's Department" des IMF. Darauf aufbauend entwickeln wir ein mögliches Argumentarium:

Grundsätzliches

Es kann davon ausgegangen werden, dass einem Beitritt der Schweiz überall mit grossem Wohlwollen begegnet und eher dem Erstaunen Ausdruck gegeben wird, dass wir diesen Schritt erst jetzt konkret erwägen. Einziger Anlass zu vertiefter Diskussion gibt unser Wunsch nach einem Exekutivdirektor.

Haltung des Treasury

Man geht nicht fehl in der Annahme, dass das federführende Treasury einen entscheidenden Einfluss auf unser Ersuchen nach einem Sitz am Tisch der Exekutivdirektoren im IMF und der Weltbank ausüben wird. Die ersten Reaktionen waren negativ. Die Argumente des Treasury:

- Die Europäer, namentlich die EG-Länder, sind im Exekutivrat bereits übervertreten (7 von 22 Sitzen)

- Der Exekutivrat arbeitet schwerfällig. Eine Aufstockung würde diesen noch weniger handlungsfähig machen.
- Das schweizerische Begehren könnte eine Pandora-Box von Anschlussgesuchen öffnen, z.B. Fall "Spanien".
- Es bestehen Zweifel, ob die Schweiz in Anbetracht objektiver Kriterien (BSP, Bevölkerung) tatsächlich Anspruch auf einen Sitz hat.
- Das Treasury hat Schwierigkeiten, unser Gesuch zu prüfen, solange nicht klar ist, mit welchen Ländern die Schweiz eine Stimmrechtsgruppe bilden könnte. Im Klartext: das Treasury hat Zweifel, dass es uns gelingt, eine Stimmrechtsgruppe aufzubauen.

Wir haben diese Einwände mit guten Argumenten zu entkräften versucht, die sich im Argumentarium wiederfinden (s. Schluss der Notiz). Ob das Treasury daraufhin seine negative Position revidiert hat, wissen wir nicht. Unsere Gesprächspartner haben aber nicht verschwiegen, dass sie im Lichte unserer Stellungnahme ihre Haltung überprüfen werden. Letzlich wird Schatzsekretär Brady entscheiden.

Haltung des Fed

Die Diskussion mit Fed Vizepräsident M. Johnson verlief anstandslos. Johnson sicherte uns seine volle persönliche - er hatte noch nicht mit seinem Chef Greenspan gesprochen - Unterstützung zu. Das Wohlwollen von Johnson ist nicht ohne Bedeutung: Er gilt als sehr besonnen und geniesst allgemein einen ausgezeichneten Ruf. Allerdings ist es in Washington ein offenes Geheimnis, dass er auf Kriegsfuss mit Treasury Under Secretary Mulford steht und somit sein Einfluss auf die Willensbildung des Schatzamts begrenzt sein dürfte.

Haltung des IMF

Situation vor dem Besuch von Herrn Camdessus in Bern: Anlässlich der ersten Fühlungnahme mit dem IMF, ungefähr vor einem halben Jahr, mit dem für Europa zuständigen Direktor Massimo Russo machte dieser keinen Hehl daraus, dass er unseren Wunsch nach einem Sitz im Exekutivrat als überhissen halte. In der Zwischenzeit ist zwar nicht ein eigentlicher Gesinnungswandel, sondern eine abwartend neutrale Haltung des IMF festzustellen. Das Sekretariat ist sich bewusst geworden, dass die Frage des Exekutivdirektors für die Schweiz entscheidend ist, und man möchte nicht die Verantwortung für den Nicht-Beitritt der Schweiz tragen.

Anlässlich eines Gesprächs anfangs März mit IMF-Generalsekretär van Houtven, einem Belgier (!), machte dieser vor allem zwei Einwände gegen einen schweizerischen Exekutivdirektor geltend: Die Zweifel, ob die Schweiz überhaupt eine genügende Quote zugesprochen erhält und das Problem "unterbewerteter" Mitglieder (Spanien). Van Houtven befürchtet ferner, dass unser Begehren nicht enden wollende Diskussionen unter den Exekutivdirektoren auslöst. Hingegen bestätigte er, dass die Schaffung einer neuen Stimmrechtsgruppe weder die gegenwärtigen Verhandlungen über die IMF-Quotenaufstockung beeinflussen noch das Gleichgewicht der Vertretung Industriestaaten/Entwicklungsländer wesentlich ändern werde, sofern in unserer Gruppe mittel- und osteuropäische Länder vertreten seien, die als Darlehensempfänger eingestuft würden.

Die Ergebnisse der Gespräche mit Direktor Camdessus in Bern sind der Botschaft - abgesehen von den Pressekommentaren - nicht bekannt.

Haltung der Weltbank

Die Weltbank hat sich bisher praktisch nicht zur Frage des Exekutivdirektors geäußert, wohl wissend, dass die im Rahmen des IMF gefundene Lösung das Ergebnis in der Weltbank massgebend mitbestimmen wird. Immerhin sei betont, dass sowohl Präsident Conable als auch sein einflussreicher Senior Vice President, Ernest Stern, der Schweiz sehr wohlgesinnt sind. Im Gegensatz zum IMF scheint die mögliche Erhöhung der Stimmrechtsgruppe um eine Einheit auch keine besonderen Reaktionen wegen zunehmender Schwerfälligkeit des Exekutivrates ausgelöst zu haben.

Mögliches Argumentarium im Treasury

Wir verzichten hier auf die Aufführung bekannter Argumente, die für einen Exekutivdirektor sprechen (interne schweizerische Situation, Schwierigkeit in einer bestehenden Stimmrechtsgruppe Unterschlupf zu finden, usw), denn das Treasury wird unseren Wunsch nach einem Exekutivdirektor nicht in erster Linie danach, sondern aufgrund der Auswirkungen auf die amerikanischen Interessen beurteilen. Deshalb ist es wichtig, die Argumente hervorzuheben, welche den amerikanischen Anliegen Rechnung tragen. Es sind dies:

- Die Schweiz wird nicht den EG-Block stärken, sondern ihre Stellungnahmen, wie die USA, im Lichte ihrer weltweiten Wirtschaftsbeziehungen abgeben.
- Wir haben gehört, dass der Exekutivrat schwerfällig arbeitet und dieser nicht noch erweitert werden sollte, doch hat die Schweiz immer wieder bewiesen, dass gerade sie in der Lage ist, den Kompromiss - oftmals zugunsten der USA - zu fördern. Aktuellste Beispiele im März 1990: Europäische Entwicklungsbank (Schweiz brachte zahlreiche Kompromissvorschläge ein, welchen die USA zustimmen konnte), Uruguay-

Runde (das Treasury stimmte dem schweizerischen Vorschlag zur Bildung einer informellen Gruppe über Finanzdienstleistungen zu, dies nachdem die Verhandlungen seit Monaten blockiert waren). Ein Sitz auf der zweiten Bank würde die Schweiz ihrer Kompromissrolle weitgehend berauben.

- Länder wie Spanien sind vielleicht im Exekutivrat untervertreten. Doch sollte für diese nicht eine Lösung auf Kosten der Schweiz gefunden werden. Die Schweiz ist vergleichbar mit den Niederlanden und Belgien, die beide einen Exekutivdirektor stellen und in monetären Belangen eine weniger wichtige Rolle einnehmen als die Schweiz, die oftmals die geld- und währungspolitischen Vorstellungen der USA teilt.
- Der Einfluss der Schweiz auf die Mitglieder einer neuen Stimmrechtsgruppe ist wesentlich höher, wenn sie den Exekutivdirektor stellt. Geht man davon aus, dass in dieser Gruppe u.a. mittel- und osteuropäische Staaten vertreten sein könnten, die zweifellos strengen wirtschaftspolitischen Auflagen des IMF unterstehen werden, kommt dem verantwortlichen Exekutivdirektor eine grosse Bedeutung zu, muss er doch immer wieder auf die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen der Mitglieder seiner Gruppe achten und diese zu Wohlverhalten anhalten. Ob dieser Einfluss in gleichem Ausmass gewährleistet ist, wenn der Exekutivdirektor aus einem Land stammt, das selber mit internen wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und zudem sein Augenmerk auf die EG-Politik richten muss, bleibe dahingestellt.
- Schliesslich könnte es nützlich sein, wenn die enge Zusammenarbeit der für die Geld- und Währungspolitik verantwortlichen Behörden in den USA und der Schweiz unterstrichen wird. Wir würden es nicht verstehen, wenn gerade unsere amerikanischen Freunde uns nicht unterstützen.

ACCESSION OF SWITZERLAND TO THE BRETTON WOODS INSTITUTIONS

M E M O R A N D U M

1. The Swiss Government intends to apply for membership of Switzerland in the IMF and the World Bank Group. To this end, it has mandated the Head of the Federal Department of Finance and the Chairman of the Governing Board of the Swiss National Bank to inform various members of the Bretton Woods Institutions about the reasons for this decision and to seek their support.
2. The question of Switzerland's accession to the Bretton Woods Institutions has been repeatedly examined. The Swiss Government is now of the opinion that the situation has evolved in such a way that accession can be envisaged. Its decision is based on the intention to cooperate more closely with the international community in the areas of monetary policy, economic development and debt issues. The Swiss Government is convinced that it can make a significant contribution in these areas.
3. Despite not being a member Switzerland has on many occasions participated in the funding of the Bretton Woods Institutions. It is a participant in the General Arrangements to Borrow. It also takes part in the Stabilization Fund for Poland which was recently created to support an IMF-backed economic program. The extent of its contributions ranged between 3 and 6 per cent. It is a founding member of MIGA and has participated through co-financing in IDA replenishments. Further, it is a member of the G-10 and an observer in the Interim and Development Committees. It is evident that the ties between Switzerland and the Bretton Woods Institutions have grown closer over the years.

4. As a member of the Bretton Woods Institutions, Switzerland intends to assume a role which corresponds to its monetary and financial importance. Switzerland has significant currency reserves and a strong balance of payments position. The Swiss franc ranks sixth among reserve currencies. Switzerland ranks fifth worldwide in direct foreign investments, and the Swiss capital market has international significance.

5. As member, Switzerland expects to become an important creditor of the Bretton Woods Institutions. Therefore, the Swiss Government considers a seat on the Executive Boards of the Bretton Woods Institutions a determining factor in its decision.

6. Switzerland is convinced that the members of the Bretton Woods Institutions will consider these facts in their determination of the Swiss quota. As the effective quota of the industrial countries in the International Monetary Fund for various reasons lies between 30% and 80% of the calculated quota, there should be sufficient flexibility to assign Switzerland an appropriate quota.

7. With regard to Swiss constitutional requirements, Switzerland could join the Bretton Woods Institutions in the summer of 1992. Although Swiss law provides the opportunity for a referendum, the Swiss Government is confident of a positive outcome.

Washington, February 14, 1990